



# CDU

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

- Fraktion im Kreistag Heinsberg -

Newsletter

Kreis Heinsberg



## Aktuelle Kreispolitik 2015 Verabschiedung Kreishaushalt 2016

Sehr geehrte Parteifreundinnen und Parteifreunde,

kurz vor den Weihnachtstagen und dem bevorstehenden Jahreswechsel wollen wir noch einmal die Gelegenheit nutzen und über die in der Zwischenzeit geleistete Arbeit berichten.

### U3 Ausbau:

Seit dem 01.08.2013 haben Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen einklagbaren Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Bereits im Jahre 2007 hat die CDU-Kreistagsfraktion einen Antrag gestellt, wonach eine entsprechende nachfragerechte und flächendeckende Versorgung möglichst zeitnah erreicht werden sollte. Einen entsprechenden Beschluss hat der Jugendhilfeausschuss am 28.08.2007 einstimmig gefasst. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft und dargestellt werden, welcher finanzielle Aufwand zu tätigen wäre und welche Finanzierungsmöglichkeiten es auf Bundesebene gibt.

Seit dem Jahre 2008 wurde der Ausbau der Kindertagesstätten mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von ca. 8,5 Mio. € vorangetrieben. Damit konnte erreicht werden, dass der Bedarf an U3-Betreuungsplätzen und auch der an Ü3-Betreuungsplätzen weitestgehend gedeckt werden konnte. Die Geburtenzahlen und die Nachfragequoten bestätigen jedoch den weiterhin wachsenden Bedarf. Ein zusätzlicher Bedarf ergibt sich wahrscheinlich durch den Wegfall des Betreuungsgeldes sowie durch die zu erwartende Anzahl an Flüchtlingen im Kindergartenalter.

Die derzeitigen Prüfungen des Kreisjugendamtes machen deutlich, dass nun vermehrt auch im Ü3-Bereich Plätze fehlen, nicht zuletzt, weil aufgrund der sinkenden Kinderzahlen in den vergangenen Jahren vorrangig durch Umwandlungen U3-Plätze geschaffen wurden. Eine solche Umwandlung, wie in den vergangenen Jahren praktiziert, ist aktuell jedoch nicht mehr möglich. Derzeit ist es im Ü3-Bereich zu einer Unterversorgung gekommen. In den Kitas im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes werden derzeit 133 Plätze über Kontingent zur Verfügung gestellt. Nur so konnte die bestehende Nachfrage gedeckt werden. Dies war nur durch besondere Bemühungen der Träger und des Personals möglich. Die Schaffung von weiteren Ü3-Plätzen, die jetzt benötigt werden, ist jedoch in der Vergangenheit weder vom Bund noch vom Land gefördert worden. Unbeschadet dessen gibt es nunmehr jedoch Überlegungen, ein landesweites Ü3-Programm aufzulegen. Wir werden hierzu weiter berichten.

Der Kreis kann darüber hinaus aus den Investitionsförderungsmitteln des Bundes für den Zeitraum 2015-2018 mit Fördermitteln in Höhe von 5,2 Mio. € rechnen. Da die Verwendungsmöglichkeiten im konsumtiven Bereich sehr begrenzt sind, wird ein großer Teil dieser Summe in den Kita Ausbau investiert. Um konkrete Zahlen nennen zu können ist es jedoch zu früh. Das Jahr 2015 ist weitestgehend abgeschlossen. Schwerpunktmäßig wird eine Berücksichtigung in den Jahren 2016-2018 erfolgen. Die bereits im März zur Verfügung gestellten Kreismittel für den Ü3-Ausbau in Höhe von knapp 390 000 Euro sollten daher ruhend gestellt werden.

## Flüchtlingssituation im Kreis Heinsberg:

Die hohe Zahl an hier ankommenden Flüchtlingen stellt die Kommunen und den Kreis vor große Herausforderungen. Innerhalb kürzester Zeit wurden an mehreren Standorten im Kreisgebiet folgende Plätze für Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen als Notunterkünften geschaffen (Stand 16.12.2015):

Standort:	Maximalkapazität	Ist-Zustand
Geilenkirchen	235	62
Gangelt	100	2
Heinsberg	225	54
Erkelenz I	70	0
Erkelenz II	80	39
Wegberg-Petersholz	328	offen, Klärung zwischen Land NRW und Johanniter

Die Belegungszahlen können sich täglich ändern, so dass nicht ausgeschöpfte Kapazitäten aufgrund z. B. Umbelegungen in neue Landeseinrichtungen kurzfristig wieder vollständig in Anspruch genommen werden.

Die Zusage des Landes über die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung beinhaltet lediglich, dass die notwendigen und angemessenen Kosten erstattet werden. Derzeit treten der Kreis sowie die Städte und Gemeinden aber vollständig in Vorleistung. Es bleibt abzuwarten, ob die Kostenerstattung letztlich so reibungslos abläuft wie erhofft. Am 20.11.2015 wurden 835.000 € der bisherigen Kosten des Kreises Heinsberg der Bezirksregierung mit Belegen übergeben und um Erstattung gebeten. Vor dem Hintergrund, dass lediglich ein Mitarbeiter der Bezirksregierung derzeit für die Bearbeitung der Rechnungen abgestellt ist, wird gehofft, dass keine zu zeitaufwändige Prüfung aller Rechnungen und eine Zahlung noch in diesem Jahr erfolgt.

Ferner engagiert sich die Volkshochschule des Kreises Heinsberg im Bereich der Sprachförderung für Flüchtlinge. Aus diesem Grunde wurden z. B. im 1. Semester des Weiterbildungsjahres 2014/2015 mehrere zusätzliche Kurse organisiert. Im Regelfall sind diese Kurse für die teilnehmenden Flüchtlinge kostenfrei; die Finanzierung erfolgt zu 25 % durch die Sozialämter und zu 75 % durch die VHS aus Kreismitteln.

Die VHS ist sich der Tatsache bewusst, dass in der veränderten Situation das Angebot mit einem überwiegend zentralen Semesterstart im September nicht ausreichen kann und wird. Sie strebt an, zusätzlich zum bestehenden Programm in allen Städten und Gemeinden, in denen entsprechende Bedarfe festgestellt werden, weitere Anfängerkurse anzubieten. Zur finanziellen Unterstützung der VHS wird das Kommunale Integrationszentrum Kreis Heinsberg im Entwurf des Haushaltsplanes 2016 den Betrag von 20.000 € für die Durchführung von Sprachkursen für Flüchtlinge veranschlagen. Außerdem wird die VHS die Kooperation mit den Ehrenamtlern verstärken und diese unterstützen.

## Haushalt 2016

Das Benehmensverfahren mit den kreisangehörigen Kommunen ist abgeschlossen. Aus einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister vom 05.10.2015 geht hervor, dass das Benehmen faktisch hergestellt ist. Neben der Allgemeinen Kreisumlage für 2016 von 123,- Mio. € ist eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 3,0 Mio. € vorgesehen. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen der CDU-Kreistagsfraktion vom 20.11.2015 war der einstimmige Beschluss, den Haushalt so mitzutragen. Bei der Vorberatung im Finanzausschuss am 02.12. wurde von allen Fraktionen breite Zustimmung zum Haushalt signalisiert. Nach diesen Vorberatungen wurde der Haushaltsentwurf in der Kreistagssitzung am 17.12. bei nur einer Gegenstimme mit breiter Mehrheit verabschiedet.

## **Nahverkehrsplan 2016**

Bereits am 20.12.2012 hat der Kreistag die Verwaltung beauftragt, den Nahverkehrsplan für den Kreis Heinsberg fortzuschreiben. Zu beachten ist nunmehr eine neue EG-Verordnung, die regelt, unter welchen vergaberechtlichen Voraussetzungen Verkehrsdienstleistungen vergeben werden können. Eigentlich sind diese wettbewerblich auszuschreiben. Unter besonderen Voraussetzungen (so genannte Inhousevoraussetzungen) kann auch eine Direktvergabe an ein eigenes Unternehmen erfolgen. Diese liegen bei uns vor, so dass die Möglichkeit einer erneuten Vergabe an die WestVerkehr GmbH besteht. Die Erfahrungen mit der West in der Vergangenheit waren sehr gut; außerdem macht die Vergabe an ein eigenes Unternehmen die Abstimmungsprozesse wesentlich einfacher und durch den bestehenden steuerlichen Querverbund können jährlich erhebliche Steuerbelastungen vermieden werden. Die Direktvergabe an die West wurde daher am 24.11. im Fachausschuss beschlossen; ein bestätigender Kreistagsbeschluss erfolgte am 17.12.2015.

Neben geringfügigen Änderungen in den Verkehrslinien, die auf Vorschlag einiger kreisangehöriger Kommunen eingepflegt wurden, beinhaltet der neue Nahverkehrsplan inhaltlich insbesondere einen perspektivischen Lückenschluss der Schienenverbindung Linnich – Baal sowie eine direkte Anbindung von Hückelhoven-Zentrum bis 2030. Es hat bereits viele Gespräche, insbesondere mit dem Kreis Düren und dem NVR, gegeben. Die Machbarkeitsstudie befindet sich hier im 3. Untersuchungsteil. Es sind jedoch noch weitere Untersuchungen zu Wirtschaftlichkeit, Infrastrukturaufwand, weiteren externen Effekten und Finanzierbarkeit anzustellen, so dass zum jetzigen Zeitpunkt noch kein abschließendes Ergebnis vorgestellt werden kann.

Im Übrigen hat der Fachausschuss am 24.11. beschlossen, dass die West das Fahrrad-Bus-Angebot in das bewährte Multibus-Konzept integriert und saisonal an den Wochenenden und Feiertags fortführt. Die im Frühjahr 2014 eingeführte eigene Linie des Freizeit- und Fahrradbusses lässt sich aufgrund der geringen Resonanz schlichtweg nicht wirtschaftlich weiterführen. Die Integration ins Multibus-Angebot ist daher die logische Konsequenz. Dies führt dann zwar nicht zu einer Versorgung der Knotenpunkte in fester Taktung, wäre aber ein flexibles und kostengünstiges Angebot.

## **Sachstand Begas-Haus**

2010 haben Stadt und Kreis Heinsberg den Trägerverein Museum Heinsberg e.V. gegründet. Zweck des Trägervereins ist die Fortführung des musealen Angebotes im Kreis Heinsberg. Ein besonderer Präsentations- und Forschungsschwerpunkt des Museums wurde auf die Begassammlung gelegt. Das Archiv der Nachkommen der Familie Begas wurde dem Museum übergeben, welches im März 2014 unter dem Namen „BEGAS HAUS – Museum für Kunst und Regionalgeschichte Heinsberg“ eröffnet wurde. Die Öffnungszeiten wurden im Vergleich zum ehemaligen Kreismuseum verdoppelt, die Ausstellungsfläche um rd. 60 % vergrößert.

Die Sanierungskosten für das Museum in Höhe von 1,1 Mio. € wurden bei der Berechnung des Mitgliedsbeitrages korrekt in Ansatz gebracht und der Kostenrahmen bei den Bauarbeiten eingehalten.

Die Einrichtungskosten konnten nicht vollständig durch Spenden bzw. andere Drittmittel gedeckt werden. Es blieb eine Unterdeckung von rd. 300.000 €, die zu einem Großteil durch niedrigere Betriebskosten während der Umbauphase aufgefangen werden konnten. Die Sach- und Personalkosten im lfd. Betrieb sind aufgrund der erweiterten Ausstellungsfläche und umfangreicheren Öffnungszeiten höher als ursprünglich unter anderen Rahmenbedingungen kalkuliert.

Um die bisherigen Mitgliedsbeiträge von je 75.000 € zur Unterhaltung des Museums nicht zu erhöhen, wurde das Stammpersonal um eine 2/3-Stelle vermindert, was einem jährlichen Bruttoeinsparbetrag von rd. 48.000 € entspricht. Des Weiteren soll zukünftig die Museumsleiterin dem Museum ohne Kostenersatz (bislang ca. 80.000 €/Jahr) vom Kreis Heinsberg zur Verfügung gestellt werden.

Laut Kreistagsbeschluss vom 12.11.2015 wird zum Ausgleich des Fehlbetrages für das Jahr 2014 die Summe von 55.000 € vom Kreis Heinsberg bereitgestellt. Verbesserungen, die sich gegenüber den Veranschlagungen im Wirtschaftsplan 2015 ergeben, führen jeweils hälftig zur Verringerung der

Zahlungsverpflichtungen des Kreises Heinsberg und der Stadt Heinsberg. Des Weiteren sind die Jahresbeträge 2015 bis 2018 auf 75.000 € zu deckeln. Des Weiteren wurde ein jährlicher Bericht über die finanzielle Entwicklung im Fachausschuss des Kreises sowie die Begleitung der finanziellen Gegebenheiten durch einen Mitarbeiter des Kreises gefordert. Die Bedingung für das Engagement des Kreises ist, dass sich die Stadt in gleicher Höhe an der Deckung des Fehlbetrages beteiligt. Bei der Ratssitzung der Stadt Heinsberg am 09.12.2015 wurde ein entsprechender Beschluss zur Übernahme der 55.000 €, unter den auch vom Kreis beschlossenen Balingungen, gefasst.

### **Straßenbauprojekte im Kreis Heinsberg**

Ferner wollen wir noch kurz über den Sachstand wichtiger Straßenbauprojekte im Kreis Heinsberg berichten. Bei der B221n, Ortsumgehung Wassenberg, und der L117n, Ortsumgehung Ratheim und Millich erfolgte der Spatenstich am 07.12.2015. Die lange ersehnte Entlastung ist hier also in greifbare Nähe gerückt. Bei dem wichtigen Vorhaben B56n erfolgte im März dieses Jahres die bautechnische Ausführung der letzten Teilstrecke. Mit der Fertigstellung der Gesamtstrecke der B56n, die eine durchgehende Verbindung des deutschen und niederländischen Autobahnnetzes schafft, kann im ersten Halbjahr 2017 gerechnet werden. Damit werden zum einen die Ortsdurchfahrten von Selfkant, Gangelt und Heinsberg spürbar entlastet. Ferner wird hierdurch für Selfkant und Gangelt auch die notwendige gewerbliche Anbindung hergestellt und wesentlich bessere Chancen für Zusammenarbeiten mit der niederländischen Wirtschaft geschaffen.

### **Antrag Abschaltung AKW Belgien**

In der Kreistagssitzung am 24.09.2015 stand erstmalig der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen zur Beratung, der Kreistag möge eine Resolution beschließen, wonach sich Landes- und Bundesregierung für eine Abschaltung des AKW Tihange einsetzen. Der Kreistag hat den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP von der Tagesordnung abgesetzt, da der Kreistag in dieser Angelegenheit nicht zuständig ist und die Gefahr besteht, dass das Instrument „Resolution“ als solches abgenutzt wird bei zu häufiger Inanspruchnahme.

Gleichwohl ist die CDU-Kreistagsfraktion der Auffassung, dass aufgrund der wiederholt auftretenden Probleme und Unsicherheiten alleine bei den Atommeilern Doel 3 und Tihange 2 eine politische Einflussnahme in dieser Angelegenheit erfolgen sollte. Diese kann jedoch nur so geschehen, dass entsprechende Erklärungen über die politischen Verbände auf höherer Ebene selbst erfolgen. Auf Anregung der CDU-Kreistagsfraktion hatte der CDU-Kreisverband Heinsberg daher wie folgt beschlossen: „Der CDU-Kreisverband Heinsberg nimmt die wiederholt auftretenden Probleme und Unsicherheiten bei den Atommeilern Doel 3 und Tihange 2 besorgt zur Kenntnis und sieht die notwendige Sicherheit der Anlagen als nicht gegeben an. Den Menschen in unserer Region ist es nicht zuzumuten, dass die bestehenden Gefahrenherde an diesen zwei Standorten nahe der deutsch-belgischen Grenze erst zum von Belgien beschlossenen Atomausstieg im Jahr 2025 abgeschaltet werden. Der CDU-Kreisverband Heinsberg spricht sich daher für ein Umdenken der belgischen Atomaufsicht und ein zeitnahes Abschalten aller sieben Blöcke der Atomkraftwerke an den beiden Standorten Doel und Tihange aus. Der CDU-Kreisvorstand teilt seine Auffassung der belgischen Atomaufsicht mit und wird diese zusätzlich öffentlich in den Medien kommunizieren. Die Abgeordneten des CDU-Kreisverbandes Heinsberg werden gebeten, sich auf landes- und bundespolitischer Ebene gleichermaßen für eine Abschaltung einzusetzen. Dazu sollte auch die Zusammenarbeit mit anderen Vertretern aus der Region angestrebt werden, um eine größere Wirkung zu erzielen.“ Mit der Drucksache 16/10301 hat die CDU-Fraktion am 24.11.2015 einen Beschlussantrag in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht, um die Stilllegung der beiden Atomkraftwerke zu erreichen. Hierzu sollen Gespräche mit der belgischen Regierung geführt werden.

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Grüne hatten für die Kreistagssitzung am 17.12.2015 erneut eine gleichlautende Resolution eingebracht. Diese wurde nunmehr mehrheitlich, auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion, verabschiedet, auch wenn wir nach wie vor die Auffassung vertreten, dass eine Resolution

in dieser Form keinen Einfluss in der Sache haben wird. Aufgrund der bestehenden Bedenken ist ein Signal in der Sache aber sinnvoll. Künftig sollte es aber eine Absprache zwischen den Fraktionsspitzen geben, um der um sich greifenden „Resolutionitis“ Einhalt zu gebieten. Auch die FDP-Fraktion vertrat die Auffassung, dass eine Resolution das falsche Mittel sei und stimmte letztlich wieder dagegen.

### **Antrag Energie und Klimaschutzkonzept**

Durch die Neuausrichtung der operativen Energieversorgung des Kreises Heinsberg sowie die gesellschaftsrechtliche Beteiligung an der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) GmbH wächst die Notwendigkeit, durch Politik und Verwaltung die wichtigen Aufgabenbereiche der Energiewende und des Klimaschutzes in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aktiv mit zu gestalten. Mit dem im April 2015 veröffentlichten Entwurf eines Klimaschutzplanes hat nunmehr auch die Landesregierung NRW einen wesentlichen Baustein für die Ausrichtung der künftigen Klimaschutzpolitik geliefert.

Die Verwaltung wurde daher bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt & Verkehr am 08.09.15 auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion einstimmig beauftragt, im Rahmen der Energiewende unter Inanspruchnahme bestehender Fördermöglichkeiten und in Kooperation mit der WFG ein Energie- und Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg zu erarbeiten sowie Bürger, Unternehmen, Energieversorger und Kommunen im Rahmen der Erarbeitung zu beteiligen. Das Energie- und Klimaschutzkonzept soll neben einer qualifizierten Bestandsaufnahme unter Einbeziehung bereits vorliegender kommunaler Konzepte Entwicklungs- und Maßnahmen-perspektiven für eine künftige „Energie- und Klimaschutzregion Kreis Heinsberg“ aufzeigen. Der Beteiligungsprozess soll interkommunal wie interregional erfolgen.

### **Antrag Einrichtung Koordinierungsplattform überregionale Gremien**

Der Kreis Heinsberg ist in vielfältige regionale und überregionale Strukturen wie Zweckverband Region Aachen, AGIT, IRR, EMR, Metropolregion Rheinland, Regierungsbezirk Köln, LVR, NVR, AVV etc. eingebunden. Angesichts der immer höher werdenden Komplexität, der zunehmenden Vernetzung und großen Dynamik verbunden mit einem zu erwartenden Bedeutungsgewinn dieser Einrichtungen ist eine Koordination der von und aus dem Kreis in diese Organisationen entsendeten Mitglieder unerlässlich.

Auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wurde die Verwaltung daher in der Kreistagssitzung am 17.12.2015 einstimmig beauftragt, eine Koordinierungsplattform (über)regionale Angelegenheiten im Dezernat von Herrn Dezernent Nießen einzurichten. Dieser Plattform sollen alle Mitglieder des Kreistages in den entsprechenden Strukturen, der zuständige Dezernent, der Leiter der WFG und, sollte er im Kreisgebiet ansässig sein, der Leiter der Revierkonferenz angehören. Die Erkelenzer Mitglieder des Planungsverbandes Mönchengladbach, Erkelenz, Titz und Jüchen sollen ebenfalls hinzugezogen werden. Zentrale Aufgabe wird die Erarbeitung von abgestimmten und zusammenhängend betrachteten Positionen des Kreises zu den vorliegenden Themen der entsprechenden Gremien sein. Außerdem sollen die Kommunikation in die Kreisgremien verbessert und eigene Initiativen und Projekte aus dem Kreis entwickelt bzw. unterstützt werden.

Abschließend möchten wir die Gelegenheit nutzen, Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2016 zu wünschen!

Mit freundlichen Grüßen



Norbert Reyans  
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt  
Geschäftsführer



Lukas Bleilevens  
Geschäftsführer